

Neue landesgeschichtliche Ansätze zur Erforschung der Weimarer Republik. Personen – Institutionen – Infrastruktur

Veranstalter: Maria Magdalena Bäuml / Matthias Bischel / Daniel Rittenauer / Thomas Schütte, Institut für Bayerische Geschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München
Datum, Ort: 06.03.2014–07.03.2014, München
Bericht von: Benedikt Ertl / Bettina Dankesreiter / Isabella Hödl, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Das Institut für Bayerische Geschichte veranstaltete in Kooperation mit der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom 6. bis 7. März 2014 einen Workshop zu neuen landesgeschichtlichen Ansätzen zur Erforschung der Weimarer Republik. Die Organisatoren MARIA MAGDALENA BÄUML, MATTHIAS BISCHEL, DANIEL RITTENAUER und THOMAS SCHÜTTE (alle München), luden Nachwuchsforscher aus Deutschland und Österreich ein, um ihre landes- und regionalgeschichtlichen Forschungen zur Zeit der Weimarer Republik vorzustellen. Der Fokus lag dabei auf den Themengebieten Personengeschichte, Institutionengeschichte sowie Infrastruktur- und Kommunalgeschichte.

In seiner Begrüßung betonte FERDINAND KRAMER (München), dass gerade der heutige Freistaat Bayern in der Weimarer Republik ein interessantes Untersuchungsobjekt darstellt. Die Landesgeschichte kann zur Erforschung dieser Epoche einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere durch den Vergleich des Landes zum Reich und einzelner Regionen. Durch die Einbettung Bayerns in ein Mehrebenensystem ergibt sich die größte Erkenntniskraft. Anschließend wies Kramer auf aktuelle Forschungen am Institut für Bayerische Geschichte aus diesem Themenbereich hin.

MATTHIAS BISCHEL (München) gab in einem Einführungsvortrag gedankliche Impulse: Er stellte fest, dass die Landes- und Regionalgeschichte in der Forschung zur Weimarer Republik in einschlägigen Handbüchern eine Randgruppe darstellt. Die Forschung ist stark auf den Nationalstaat fokussiert, der Einfluss der Länder wird gering eingeschätzt. Dabei bieten landesgeschichtliche Ansätze zur Er-

forschung der Weimarer Republik große Erkenntnischancen, nahmen ihre Einwohner sie doch weiterhin stark in ihrer bundesstaatlichen Dimension wahr.

ANDREAS GREIM (Darmstadt) behandelte das Zusammenspiel von Alltag, Öffentlichkeit und Politik am Beispiel von Darmstadt, Offenstadt am Main und der hessischen Provinz Starkenburg 1914 bis 1924. Den hessischen Raum prägte eine starke territoriale Zersplitterung. Auch wirtschaftliche Verschiebungen ließen sich in einem Nordwest-Südost-Gefälle von starker Industrialisierung bis hin zu überwiegend von der Landwirtschaft beeinflussten Gebieten deutlich aufzeigen. Die Grundlage der Arbeit liegt in der Auswertung der Erzeugnisse der Tagespresse, da diese als Plattform für den gesellschaftlichen Kommunikationsprozess dient. Dabei verwies der Referent auf Niklas Luhmanns Thesen. Auf diesem Fundament wurden die drei anvisierten Problemkomplexe diskutiert: Die Regulierung und Rolle des Konsums in der Gesellschaft, also auch das Moralisieren des Marktwesens, das soziale Dilemma der Verteilungsgerechtigkeit, welches sich in der Nachkriegszeit zu einer einkommenspolitischen Frage weiterentwickelte, sowie das Problem sozialer Gerechtigkeit.

Einen personengeschichtlichen Ansatz entwickelte THOMAS SCHÜTTE (München) in der Erforschung von Michael Kardinal von Faulhaber in der bayerischen Politik 1918–1933. Faulhaber galt als der redemächtigste Vertreter des Katholizismus in der Weimarer Republik und stand in besonders intensiven Beziehungen zum Vatikan. Seine Rolle in der bayerischen Politik wurde bisher noch nicht tiefergehend untersucht. Besondere Schwerpunkte in Schüttes Forschungen bilden Faulhabers Rolle in der bayerische Politik, seine symbolhafte Wirkungskraft in der Gesellschaft sowie die Analyse seines personellen Netzwerks. Als Hauptquelle dienen dazu die in Gabelsberger Kurzschrift verfassten Besuchstagebücher, welche Faulhaber von 1911 bis 1952 akribisch führte. Das Netzwerk wird quantitativ und qualitativ erforscht, sodass sich eine intensive Netzwerkanalyse ergibt, aus deren Einbettung in den Forschungskontext der Weimarer Republik eine Bewertung der politischen Rolle Faulhabers erfolgt.

Auf den Infrastrukturbereich beziehen sich die Forschungen von STEFAN LÜLF (München) zur Rolle der bayerischen Kommunalverwaltungen im Luftverkehr der Weimarer Republik. Die zivile Nutzung des Flugverkehrs begann in der Weimarer Republik. Ab 1921 gab es in Bayern ein ziviles Luftverkehrsnetz, Anfang der 1920er-Jahre begannen zahlreiche große und kleinere Kommunen, mit dem Bau von Flugplätzen die Voraussetzung für die Anbindung an den regionalen Fluglinienverkehr zu schaffen. In der Analyse der auf Kommunalebene um diese neue Infrastruktur geführten Diskurse lassen sich drei Hauptargumentationslinien in den Bereichen Sportfliegerei, Verkehrsbelebung/Tourismus und wirtschaftliche Interessen ausmachen. Die tatsächlichen Handlungsmuster in den Kommunen gestalteten sich vielschichtig, von Ablehnung des Vorhabens wegen Geldmangels, bis hin zu vorsichtiger Bereitschaft zu partizipieren und auch dem tatsächlichen Bau. Im Zeitrahmen von 1925 bis 1927 ließ sich in den Kommunen eine Phase der Euphorie feststellen; schon gegen Ende der 1920er-Jahre wurden aber kleinere Zubringerstrecken oder auch Kurzstreckenflüge im fränkischen Raum schon wieder weitgehend eingestellt, während sich auf wenigen großen Flughäfen neue, internationale Linien konzentrierten.

BEATRIX DIETEL (Leipzig) betrachtete in ihrem Vortrag mit institutionellem Schwerpunkt die sächsische Hochschulpolitik, speziell die Landesuniversität Leipzig. Ihren Forschungen liegt ein strukturanalytischer Ansatz zu Grunde, der nach dem Stellenwert der Wissenschaftsförderung und der Fortentwicklung der Hochschullandschaft in der Weimarer Republik fragt. Zentrale Aspekte der Untersuchung bilden die Entwicklung des Beamtenrechts, die Personalpolitik sowie die Finanzierung. Die Rahmenbedingungen während der Weimarer Republik waren für die Entwicklung der Hochschullandschaft in Sachsen wenig stabil: 13 verschiedene Kabinette mit sechs unterschiedlichen Kultusministern prägten den Untersuchungszeitraum. Trotzdem erhielten die leitenden Beamten des sächsischen Kultusministeriums eine kontinuierliche Grundlinie der Hochschulpolitik aufrecht. Dabei konnten einige grundlegende

Reformen angestoßen werden, beispielsweise eine Rentenreform. Trotz der für die sächsischen Hochschulen ungünstigen Ausgangslage konnte eine positive Bilanz gezogen werden, die beamtenrechtliche Reformen wirkten sich positiv aus, auch die Infrastruktur wurde gestärkt. Jedoch brachten die Weltwirtschaftskrise 1929 und besonders die daraus resultierenden Sparmaßnahmen einen Einbruch der Hochschulpolitik. Im Bereich der Hochschulfinanzierung, wie auch in daran anschließenden Fragen, regte die Referentin Vergleichsstudien für Süddeutschland an.

Nach den Vorträgen folgten drei Werkstattgespräche, die sich thematisch an den Leitpunkten des Workshops orientierten. In einem abschließenden Plenum stellten die Diskussionsleiter die Ergebnisse der Gesprächsrunden vor. Im Bereich der Personengeschichte führte KARL-ULRICH GELBERG (München) die Diskussion. Hier wurde besonders die Bedeutung der Netzwerke herausgestellt, die sich etwa in Studentenverbindungen bildeten und in Philisterrunden fortbestanden, und die in der personenbezogenen Forschung bislang ungenügend beachtet wurden. Auch die Erforschung wirtschaftlicher Akteure in der Weimarer Republik stellt weiterhin ein Forschungsdesiderat dar. Ebenso kritisch betrachtet werden muss die Frage, ob Forderungen nach Rückkehr zur Monarchie nicht nur eine Chiffre darstellen und inwieweit das Ansehen bedeutender historischer Akteure tatsächlich zeitgenössisch war oder nicht nur aus der Rückschau entsteht.

Die Idee zu neuen Forschungsfeldern ergab sich auch im Bereich der Institutionengeschichte, in dem MARTINA STEBER (München) die Ergebnisse präsentierte. Für die Erforschung von Institutionen sei der landesgeschichtliche Zugriff wichtig, um auf Länderebene die Institutionen zu greifen und deren Interaktion im Mehrebenensystem zu bewerten. Der Gruppe fiel in der Diskussion auf, dass noch kein historiographisches Konzept zu Institutionen entwickelt wurde. Aushilfsweise bedient man sich in sozialwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Forschungsbereichen. Jedoch ist ein geschichtswissenschaftlich-theoretischer Ansatz erforderlich. Ein weiterer Aspekt war die Frage nach der Legitimation von Insti-

tutionen, da diese nach 1918 besonders in der Verantwortung waren, sich neu zu legitimieren und zu positionieren. Die Landesgeschichte hätte eine Korrekturfunktion inne, da die allgemeine Geschichtsschreibung oft durch preußische Beispiele dominiert und so verzerrt würde.

MARTIN OTT (München) stellte neue Forschungsansätze in der Infrastrukturgeschichte vor. Die Beschäftigung mit dem Begriff Raum und dessen Definition spielten dabei eine große Rolle. Die Raumgrenzen erschließen sich meist nach Themengebiet. Die Infrastruktur bietet die Möglichkeiten für neue Bewertungen einzelner Entwicklungen in der Weimarer Republik, die oft von Krisen überdeckt werden; ein Vergleich bietet sich besonders gut auf kommunaler Ebene an. Die Beschäftigung dieser Thematik erfordert ihre Einbettung in die langen Entwicklungslinien des 19. Jahrhunderts.

Am zweiten Tag des Workshops referierte MARIA MAGDALENA BÄUML (München) über das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zwischen 1926 und 1933, der Amtszeit des bislang wenig berücksichtigten Kultusministers Franz Xaver Goldenberger. Seit 1925 wies der bayerische Staatshaushalt ein Defizit auf, das Einsparungen erforderte, gleichzeitig aber die Arbeitsfähigkeit der dem Kultusministerium unterstehenden Institutionen nicht gefährden durfte. Durch einen organisationsgeschichtlichen Zugriff wird die Arbeit des Kultusministeriums, das als Akteur im Zentrum steht, untersucht. Zudem werden Phänomene behandelt, die das Ministerium in verschiedenen Zuständigkeitsbereichen beschäftigte, etwa die Außenkulturpolitik. Im Untersuchungszeitraum verstärkte sich die Gefährdung durch radikale Gruppierungen, wobei das Kultusministerium versuchte, deeskalierend zu wirken. Insbesondere über seine Kompetenzen in der Kulturpolitik wachte Bayern eifersüchtig. Kostenintensive Neuerungen im Kultusbereich kamen nicht zustande, es wurde aber versucht trotz Einsparungen den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten.

HANS HINTERBERGER (Regensburg) betrachtete die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ (1920-1924): Gustav von Kahr, Graf Hugo von und zu Lerchenfeld sowie

Eugen von Knilling. Diese Ministerpräsidenten stellte die Bayerische Volkspartei, als eher „unpolitische“ aber verdiente Beamte auf. Es wird gefragt, inwiefern diese bisher recht farblos dargestellten Ministerpräsidenten politisch charakterisiert und einer Programmatik zugeordnet werden können sowie welchen Einfluss sie auf die Radikalisierung im Freistaat nahmen. Im Fokus steht dabei die Analyse ihrer Amtsführung, etwa bezüglich ihres Verhältnisses zur neuen Verfassung, ihrem Umgang mit dem Parlament und mit der Reichsregierung. Zu ihrer politischen Einordnung werden zudem die im Landtag vertretenen Parteien betrachtet.

Über ‚Die Nachkriegskrise im Vergleich: Modena und Salzburg (1917-1922)‘ berichtete FELICITÀ RATTI (Salzburg). Ihre Studie umfasst den Zeitraum von den 1880er bis in die 1920er-Jahre mit Schwerpunkt auf dem Ersten Weltkrieg und der Nachkriegszeit. Die Gesellschaft als Objekt der sozialen Untersuchung wird in unterschiedlichen Bereichen – Wirtschaft, gesellschaftliche Zusammensetzung, politische Ordnung und Organisationen sowie kulturelle Aspekte – analysiert und zugleich die Frage nach den nationalen und den globalen Bezügen gestellt. Die Untersuchungsräume sind zwei ehemals eigenständige Territorien, deren Eingliederungen in den Nationalstaat zu Spannungen und Anpassungsproblemen führten. Der Erste Weltkrieg stellte eine Zäsur und einen Katalysator für Modernisierung dar. In der Nachkriegszeit akkumulierte sich die Spannung, der Begriff Krise wird jedoch auch kritisch hinterfragt. Eine weitere Erkenntnis ist, dass es in Modena und in Salzburg aus verschiedenen Gründen einen schwachen Liberalismus gab. Die Studie betrachtet Faschismus als ein europäisches Phänomen und untersucht verschiedene faschistische Gruppen und ihre Interaktion.

„Herzensbildung“ statt nur „Verstandesbildung“. Historische Museen in der Zeit der Weimarer Republik lautete EVA BENDLS (Augsburg) Vortrag. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich historische Museen von Altertumssammlungen zu Heimatmuseen. In den 1920er-Jahren kam es zu einer Hochkonjunktur bei der Eröffnung von historischen Museen, in denen das Heimatmu-

seumskonzept umgesetzt wurde. Nähere Betrachtung erfuhr der 1924 gegründete Schwäbische Museumsverband, der die Betonung der bayrisch-schwäbischen Eigenart zum Ziel hatte. Die Leitlinien des Verbandes waren völkisch, nostalgisch, reaktionär, großstadtfeindlich, xenophob und militaristisch und obwohl er seine unpolitische Haltung betonte, ist implizit die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie erkennbar. Insgesamt wollten Heimatmuseen eine regionale Identität erzeugen, indem sie ihre Existenz in die Vergangenheit zurück projizierten. Das Heimatmuseumskonzept wurde in der Zeit der Weimarer Republik nicht hinterfragt und lies sich nach 1933 gut in die veränderten Verhältnisse einpassen.

KARIN LEONHARDT (München) behandelte die bislang unerforschte Erschließung der bayerischen Alpen mit Bergbahnen. Ihre infrastrukturgeschichtliche Arbeit umfasst den Zeitraum von 1890 bis 1945. Wie sich zeigte, war die Durchsetzung und Umsetzung des Baus der einzelnen Bahnen ein langwieriger Prozess und viele Projekte scheiterten. Insgesamt sind drei Konjunkturphasen auszumachen: Der Auftakt erfolgte in der Prinzregentenzeit, wobei die bayerische Staatsregierung eine ablehnende Haltung gegenüber den Gebirgsbahnen einnahm. In der Weimarer Republik kam es zu einer Entfaltung, als zahlreiche Projekte beantragt und teilweise realisiert werden konnten. Die Staatsregierung befürwortete nun diese Art der Erschließung der Alpen und bemühte sich um ein Verständnis der Technologie im Kontakt mit anderen Ländern. Gegen diese Entwicklung stellte sich die Natur- und Heimatschutzbewegung; insgesamt existierte ein sehr breiter öffentlicher Diskurs zu diesem Thema. Unter dem NS-Regime fand der Bau dieser Bahnen keine größere Aufmerksamkeit mehr. Der eigentliche Boom des Baus von Bergbahnen und Skiliften setzte in den 1950er-Jahren ein.

MICHAEL SCHMITT (Würzburg) betrachtete die Würzburger Universitätsprofessoren in der Übergangszeit zur NS-Diktatur. Über die Rekonstruktion ihrer Biographien (besonders Konfession, Parteizugehörigkeit) konnten Aussagen zu deren politischen Einstellungen getroffen werden: Eine katholische Übermacht an der Universität war höchstens in der

Universitätsleitung, nicht aber in der Universität per se auszumachen. Verglichen mit anderen Universitäten war Würzburg stark politisch, was der hohe Organisationsgrad des Lehrkörpers in Parteien belegt. Die Versuche einzelner Professoren 1933, sich mit einer NSDAP-Parteimitgliedschaft zu profilieren, waren stark von der Person abhängig, führten aber nicht automatisch zu bevorzugter Stellenvergabe. Auch der Versuch Professoren von der Universität zu entfernen hing von der Frage der erfoligten oder unterlassenen Unterstützung durch Kollegen ab.

DANIEL RITTENAUER (München) thematisierte die Verortung bayerischer Landessymbole in der Weimarer Republik. Während das bayerische Wappen und Weiß-Blau zunächst als dynastische Symbole zu verorten sind, ändert sich seit 1918 ihre Wahrnehmung, die nun zunehmend als Symbole Bayerns selbst gesehen wurden. Neben der Verwendung von Weiß-Blau durch Verbände des rechten Spektrum wie auch der BVP zur Abgrenzung gegen die KPD, wurden Bayerische Symbole zugleich gegen die Weimarer Republik aufgefasst. Die Spannung zwischen Bayern und dem Reich waren an der bewussten Entscheidung der Beflaggung mit Weiß-Blau und gegen Schwarz-Rot-Gold ablesbar.

Anschließend moderierte THOMAS SCHÜTTE (München) die Abschlussdiskussion, worin er die Weiterführung des begleitenden Internet-Blogs ankündigte. Ferdinand Kramer betonte abschließend die förderliche Möglichkeit der Vernetzung junger Historiker, die sich im Verlauf der Tagung ergeben: Gerade die Verbindung jüngerer Historiker an verschiedenen Universitäten ist eine hervorragende Gelegenheit, neue Impulse für die eigene Forschung zu bekommen wie auch an andere weiter zu geben.

Konferenzübersicht:

Ferdinand Kramer (München), Begrüßung

Matthias Bischel (München), Einführung

Sektion I

Moderation: Daniel Rittenauer (München)

Andreas Greim (Darmstadt), Stadt, Region und städtische Gesellschaft im Übergang. Das Zusammenspiel von Alltag, Öffentlichkeit und Politik am Beispiel von Darmstadt,

Offenbach a. M. und der hessischen Provinz Starkenburg (1914-1924)

Thomas Schütte (München), Michael Kardinal von Faulhaber in der bayerischen Politik. 1918-1933

Stefan Lülß (München), Die Rolle der bayerischen Kommunalverwaltungen im Luftverkehr der Weimarer Republik

Beatrix Dietel (Leipzig), Sächsische Hochschulpolitik in der Weimarer Republik (1918-1933)

Werkstattgespräche:

Schwerpunkt Personengeschichte; Moderation: Karl-Ulrich Gelberg (München)

Schwerpunkt Institutionengeschichte; Moderation: Martina Steber (München)

Schwerpunkt Infrastruktur- und Kommunalgeschichte; Moderation: Martin Ott (München)

Sektion II

Moderation: Daniel Rittenauer (München)

Maria Bäuml (München), Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zwischen 1926 und 1933

Hans Hinterberger (Regensburg), Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920-1924. Kahr – Lerchenfeld – Knilling

Sektion III

Moderation: Thomas Schütte (München)

Felicità Ratti (Salzburg), Die Nachkriegskrise im Vergleich: Modena und Salzburg (1917-1922)

Eva Bendl (Augsburg), „Herzensbildung“ statt nur „Verstandesbildung“. Historische Museen in der Zeit der Weimarer Republik

Karin Leonhardt (München), Die Erschließung der bayerischen Alpen mit Bergbahnen

Sektion IV

Moderation: Maria Magdalena Bäuml (München)

Michael Schmitt (Würzburg), Würzburger Professoren am Übergang von der Demokratie zur Diktatur

Daniel Rittenauer (München), Die Verortung

Bayerischer Landessymbole in der Weimarer Republik

Thomas Schütte (München), Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Neue landesgeschichtliche Ansätze zur Erforschung der Weimarer Republik. Personen – Institutionen – Infrastruktur*. 06.03.2014–07.03.2014, München, in: H-Soz-Kult 30.05.2014.